

Auch SPD für Weiterbau

Kritik am Brief des MVI nach Berlin zur B-31-West nun auch von der SPD

Breisach/Gottenheim. Die neun betroffenen Gemeinden in der Region halten weiterhin an der Forderung nach einem Weiterbau der B-31-West bis Breisach fest. Vergangene Woche kam Bewegung in die Thematik, als bekannt wurde, dass das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur des Landes Baden-Württemberg (MVI) in einem Brief vom 17. Oktober an den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur, das Ministerium gebeten wird, zur Straßenbaumaßnahme Stellung zu beziehen verbunden mit der Bitte des Landesministeriums, den Antrag auf Planfeststellung der B 31 West von Gottenheim bis Breisach zurückzunehmen.

Falls das Ministerium in Berlin keine Stellung beziehe, so das Landesministerium in seinem Schreiben, wolle man die Planung des zweiten Bauabschnitts bis Breisach einstellen. Die Bürgermeister und die Bürgerinitiativen für den Weiterbau fühlen sich von diesem Vorgehen vor den Kopf gestoßen. Auch der Landtagsabgeordnete der CDU, Dr. Patrick Rapp, zeigte sich bestürzt. Nun erhalten der CDU-Politiker und die Gemeinden Unterstützung von den SPD-Abgeordneten aus der Region.

Der Bundestagsabgeordnete Gernot Erler und die SPD-Landtagsabgeordneten Gabi Rolland und Christoph Bayer wollen sich gegen den vom Landesverkehrsministerium geplanten Abbruch des Planfeststellungsverfahrens für die B-31-West (2. Abschnitt) einsetzen und bekräftigen dies in einem Brief an das Bun-



Inzwischen ist sie bundesweit als „Soda-Brücke“ bekannt: Die Brücke über den Anschluss Gottenheim, über die nach dem Bau des zweiten Abschnitts der B-31-West der Verkehr Richtung Breisach rollen sollte. Bis jetzt ist sie nutzlos und steht einfach so da.

Foto: ma

desverkehrsministerium, wie die Abgeordneten in einer gemeinsamen Pressemitteilung informieren.

In dem Schreiben vom 17. Oktober hatte das MVI Baden-Württemberg dem Bundesverkehrsministerium angekündigt, den Antrag auf Planfeststellung zurückzuziehen und diese Entscheidung auf drei Seiten begründet.

Gernot Erler, Gabi Rolland und Christoph Bayer widersprechen in ihrer Mitteilung der Einschätzung des Landesverkehrsministeriums in mehreren Punkten. So sei das Projekt der B-31-West nur als Ganzes sinnvoll und die Abschreibung der bereits investierten Gelder unsinnig. Die von einer Projektgruppe erarbeiteten Vorschläge zu Verkehrslenkungsmaßnahmen, die das Ministerium als echte Alternativen dargestellt hatte, würden vor Ort bestenfalls als Trostpflaster eingeschätzt. Eine geringe Priorisierung des Bauprojekts in der Anmelde-Liste des Landes Baden-Württemberg für den Verkehrswegeplan, die das Ministe-

rium zur Begründung heranzog, sei tatsächlich erst nach der vom Land ohne Rücksprache mit Abgeordneten und Vertretern der Region veranlassten Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens im November 2011 erfolgt. Die Abgeordneten erkennen auch nicht an, dass die Planung abgebrochen soll, weil das Bauvorhaben möglicherweise nicht innerhalb der Geltungsdauer des Planfeststellungsbeschlusses umgesetzt werden kann, wie das Landesverkehrsministerium argumentiert hatte. Dies würde für etliche Straßenbauprojekte in Deutschland gelten. „Wir haben uns noch einmal an das Bundesverkehrsministerium gewandt, um die von einer breiten Mehrheit in der Region unterstützte Position für den Weiterbau der B-31-West zu bekräftigen. Wir fordern den Bundesminister auf, der Zurückziehung des Planfeststellungsverfahrens und damit dem endgültigen Aus des 2. Abschnitts der B 31 West nicht zuzustimmen“, erklären die drei SPD-Abgeordneten.

Marianne Ambs